

## Widerspenstige Kollaborateure 05.05.2015



**KIEW/BERLIN** (Eigener Bericht) - In der Ukraine eskaliert der Konflikt zwischen der von Berlin protegierten Kiewer Regierung und den faschistischen Milizen im Osten des Landes. Waren die Milizen und ihre Vorläufer auf dem Majdan aus deutscher Perspektive noch nützlich, um zunächst Präsident Janukowitsch zu stürzen und danach die ostukrainischen Aufständischen zu bekämpfen, so drohen sie nun den von der Bundesregierung verlangten Waffenstillstand endgültig zu brechen. Aus deutscher Sicht gilt dies als derzeit nachteilig, weil bei einem neuen Aufflammen der Kämpfe weitere Gebietsverluste der Kiewer Regierung befürchtet werden. Zudem ist nicht ersichtlich, wie ein totaler Zusammenbruch der ukrainischen Wirtschaft bei fortwährendem Bürgerkrieg verhindert werden kann. Während deutsche Diplomaten deswegen auf eine Einhaltung des Waffenstillstands dringen, werben deutsche Ökonomen für den Wiederaufbau der ukrainischen Wirtschaft ohne die abtrünnigen Gebiete um Donezk und Luhansk. Ein Verzicht auf die beiden Regionen entlaste den Staatsetat, erklärt die "Deutsche Beratergruppe Ukraine", die die Kiewer Regierung seit Jahren in Wirtschaftsfragen instruiert. Eine Einstellung des Bürgerkriegs gilt außerdem als Voraussetzung dafür, dass die deutsche Wirtschaft ihre Aktivitäten in der Ukraine und eventuell auch in Russland wieder intensivieren kann.

### "Freiheitskämpfer"

Dass sich die Bundesregierung gegen die faschistischen Milizen im Osten der Ukraine positioniert, ist keineswegs selbstverständlich. Während der Majdan-Proteste hatten militante Aktivisten der extremen Rechten, insbesondere des "Rechten Sektors", eine ganz entscheidende Rolle gespielt: Ohne sie wäre die Realisierung der Eskalationsstrategie, die letztlich zum Sturz von Präsident Janukowitsch führte, kaum möglich gewesen (german-foreign-policy.com berichtete [1]). Deshalb schritt Berlin, das erheblichen Einfluss auf die Majdan-Führung besaß, nicht gegen sie ein. Als die gewalttätigen Faschisten vom Majdan sich schon bald nach Janukowitschs Sturz in den "Bataillone" genannten Milizen zusammenschlossen, um die Aufstände im Osten der Ukraine niederzukämpfen, da kamen aus Berlin ebenfalls keinerlei Einwände: Die Chance, mit Hilfe der Milizen sämtliche Widerstände gegen die Kiewer Regierung zu beseitigen, ließ aus Sicht der Bundesregierung Maßnahmen gegen sie unpassend erscheinen. In deutschen Medienberichten wurden selbst Kämpfer des faschistischen "Bataillons Asow" als "Freiheitskämpfer" gegen russischen Einfluss geehrt.[2]

### Der Sinn des Waffenstillstands

Mittlerweile hat sich die Lage jedoch gewandelt. Kiew ist zur Zeit offenkundig nicht in der Lage, den Bürgerkrieg im Osten militärisch zu gewinnen. Die Niederlagen der Regierungstruppen in der Zeit vor dem neuen Waffenstillstand ("Minsk II") haben sogar gezeigt, dass bei einer Weiterführung des Krieges erneute Gebietsverluste keineswegs unwahrscheinlich sind. Entsprechend drängt Berlin Kiew, den Waffenstillstand unbedingt einzuhalten. Ende April hieß es in einem Bericht, Berliner Diplomaten forderten, die ukrainische Regierung müsse sich "kooperativer" geben; Stefan Meister, ein Osteuropa-Experte von der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP), ließ sich mit den Worten zitieren, deutsche Stellen verhandelten gegenwärtig vor allem "mit den Ukrainern", denn wenn diese "nicht tun, was notwendig ist, werden die Russen stets die Möglichkeit haben, den Konflikt zu erneuern" - eine Umschreibung für mögliche Gegenschläge der Aufständischen mit anschließenden neuen Gebietsverlusten für Kiew.[3]

### Vor der Eskalation

Dies bringt Berlin nun in Konflikt zu den faschistischen Milizen. Diese lassen keinen Zweifel daran, dass sie das zweite Minsker Abkommen samt dem Waffenstillstand dezidiert ablehnen: Die Übereinkunft sei "Blödsinn", äußerte exemplarisch der Gründer des "Bataillons Donbass", Semen Sementschenko, am Sonntag in Mariupol.[4] Ebenso positioniert sich das Bataillon des "Rechten Sektors", das Berichten zufolge den Waffenstillstand bereits mehrmals gebrochen hat - fanatischer

Kampf gegen die Aufständischen hat für die Miliz Vorrang vor taktischer Zurückhaltung. Auch auf Druck aus Berlin schreitet die Kiewer Regierung nun gegen sie ein. Vergangene Woche hatten Fallschirmjäger der regulären ukrainischen Streitkräfte den Hauptstützpunkt des Bataillons des "Rechten Sektors" umstellt; beide Seiten hatten sich eingegraben und lagen sich bewaffnet gegenüber.[5] Der Konflikt droht blutig zu eskalieren.[6]

### **Fest verankert**

Dabei ist das Bataillon des "Rechten Sektors" mittlerweile in vielfacher Hinsicht fest verankert und übt starken Einfluss aus. Es gilt als schlagkräftig und ist daher militärisch unverzichtbar - auch aus Berliner Perspektive, da der Bundesregierung an einer Schwächung der Kiewer Truppen nicht gelegen ist. Zudem sind Anführer und Aktivisten des "Rechten Sektors" in einflussreiche Positionen von Polizei und Militär gelangt: Wadim Trojan, Kämpfer des "Rechten Sektors" auf dem Majdan, ist seit November 2014 Polizeichef der Oblast Kiew; Dmitro Jarosch, Führer der Organisation, ist kürzlich zum Berater des ukrainischen Generalstabschefs ernannt worden.[7] Zugleich verfügt der "Rechte Sektor" über ein erhebliches Gewaltpotenzial. Letzten Mittwoch marschierten Aktivisten der Organisation vor dem Präsidentsamt in Kiew auf und verlangten, dem Druck auf ihre Miliz ein Ende zu setzen; andernfalls werde man den Sitz des Staatsoberhauptes niederbrennen. Die Verantwortlichen seien "Verräter", sie müssten "erbarmungslos bestraft werden", forderte ein Führungsmitglied. Auch mit Blick auf die Stärke des "Rechten Sektors" wurde die Situation als höchst "angespannt" beschrieben.[8]

### **Sparpotenzial**

Während Berlin darauf dringt, die Macht der faschistischen Bataillone zu brechen, werben deutsche Ökonomen für einen Wiederaufbau der ukrainischen Wirtschaft ohne die abtrünnigen Gebiete um Donezk und Luhansk. Eine Loslösung der beiden Regionen werde zwar die "Größe", aber "nicht unbedingt die Stärke der ukrainischen Wirtschaft vermindern", heißt es in einem Papier, das die "Deutsche Beratergruppe Ukraine" kürzlich erstellt hat. Die "Beratergruppe" instruiert die ukrainische Regierung schon seit vielen Jahren in Wirtschaftsfragen. Zwar werde eine Abtrennung der ostukrainischen Metallindustrie Wirtschaftsleistung und Exporte deutlich senken; doch könne der Staatshaushalt wegen des Wegfalls von Sozialleistungen und von Subventionen für den unrentablen Kohlebergbau auf umfangreiche Einsparungen hoffen. Zudem seien in der Ostukraine beträchtliche Bürgerkriegsschäden zu beklagen; verzichte Kiew auf Donezk und Luhansk, dann müsse es die Kosten für den teuren Wiederaufbau nicht tragen.[9] Die Argumentation ist geeignet, die Regierung in Kiew bei ihrem Vorgehen gegen die faschistischen Bataillone, die die Ostukraine um jeden Preis erobern wollen, zu stärken.

### **Exportverluste**

Nicht zuletzt käme ein Stopp des Bürgerkriegs auch den Interessen der deutschen Wirtschaft zugute. Die desolante Entwicklung der Ukraine hat dazu geführt, dass die deutschen Exporte in das Land letztes Jahr um ein Drittel gegenüber dem Vorjahr schrumpften - von 5,4 Milliarden Euro auf 3,6 Milliarden Euro. In den ersten zwei Monaten 2015 gingen sie erneut um mehr als ein Drittel gegenüber dem Vergleichszeitraum 2014 zurück.[10] Auch die Ausfuhr nach Russland sank 2014 um 6,5 Milliarden Euro (18 Prozent). Hoffnung auf eine Umkehrung dieses Trends gäbe es nur bei einer Fortdauer des Waffenstillstands. Dass diese allerdings nicht mit einer grundsätzlichen Abkehr von dem neuen Kalten Krieg gegen Russland verwechselt werden dürfte, belegen die Bemühungen der Bundesregierung um eine schärfere Positionierung der NATO gegen Russland (german-foreign-policy.com berichtete [11]).

Weitere Berichte und Hintergrundinformationen zur deutschen Ukraine-Politik finden Sie hier: [Vom Stigma befreit](#) , [Die freie Welt](#) , ["Faschistische Freiheitskämpfer"](#) , [Die Restauration der Oligarchen \(II\)](#) , [Die Restauration der Oligarchen \(III\)](#) , [Die Restauration der Oligarchen \(IV\)](#) , [Die Saat geht auf](#) , [Ukrainische Patrioten](#) , [Ukrainische Manöver](#) , [Ein Lernprozess](#) , [Nationalistische Aufwallungen](#) und [Die europäische Wahl der Ukraine](#) , [Außer Kontrolle](#) , [Vom Nutzen des Waffenstillstands](#) , [Arbeitsteilige Aggression](#) , [Mit allen Konsequenzen](#) , [Der Weg nach Westen](#) und [Faschisten als Vorbild](#) .

[1] S. dazu [In die Offensive](#) , [Nützliche Faschisten](#) und [Die Kiewer Eskalationsstrategie](#) .

[2] S. dazu [Die Saat geht auf](#) und [Ukrainische Patrioten](#) .

[3] Stefan Wagstyl, Roman Olearchyk: Germany urges Ukraine to fulfil Minsk ceasefire agreement. www.ft.com 26.04.2015.

[4] Ukrainischer Freischärler kritisiert Minsker Abkommen. Frankfurter Allgemeine Zeitung 04.05.2015.

[5] Konrad Schuller: Bruderzwist am Rande des Krieges. Frankfurter Allgemeine Zeitung 02.05.2015.

[6] S. dazu [Der Weg nach Westen](#) .

[7] S. dazu [Faschisten als Vorbild](#) .

[8] Oleg Sukhov: Tense standoff cools over Right Sector's military role. www.kyivpost.com 29.04.2015.

[9] "Kiew ohne Donbass lebensfähig". Frankfurter Allgemeine Zeitung 30.04.2015.

[10] Ost-Ausschuss beteiligte sich an Ukraine-Konferenz in Kiew. ost-ausschuss.de 28.04.2015.

[11] S. dazu [Kriegsführung im 21. Jahrhundert \(I\)](#) und [Kriegsführung im 21. Jahrhundert \(II\)](#) .

Copyright © 2005 Informationen zur Deutschen Außenpolitik

[info@german-foreign-policy.com](mailto:info@german-foreign-policy.com)